

Eskalation im Kaukasus

VON MARTIN KESSLER

Die Operation der aserbaidischen Spezialkräfte gegen die armenische Minderheit in Berg-Karabach fügt den vielen aktuellen militärischen Konflikten einen weiteren gefährlichen Waffengang hinzu. Immer wieder eskaliert die Situation im Kaukasus, seit Aserbaidschan seine Armee mit Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft aufgerüstet hat und sich auch durch das instabile internationale Umfeld ermutigt sieht, seine Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Damit folgt ein weiterer Staat dem russischen Vorbild, seine Interessen unter Bruch des Völkerrechts zu verfolgen. Die Begründung ähnelt der des Kremlchefs Putin. Es ist von einem „Anti-Terror-Einsatz“ gegen armenische Kräfte die Rede.

Die Lage zwischen den beiden Kaukasus-Ländern ist höchst kompliziert. Armenien sieht sich als Schutzmacht der Landsleute in Berg-Karabach und hatte deren Unabhängigkeit, die freilich von keinem UN-Staat anerkannt wird, militärisch unterstützt. Das hatte Aserbaidschan in mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen korrigiert. Jetzt ist Baku dort weitgehend Herrin der Lage, allerdings herausgefordert durch die Minderheit, die sich dem Diktat Aserbaidschans nicht beugen will. Das Gebiet gehört zwar völkerrechtlich zu Aserbaidschan, gleichzeitig ist dieser Staat verpflichtet, Minderheitsrechte zu achten. Und das tut er nicht.

International wird Armenien von Russland und Aserbaidschan von der Türkei unterstützt. Beide Länder halten bewaffnete Einsätze für ein legitimes Mittel, nationale Interessen durchzusetzen. Und beide halten sich für dominante Regionalmächte in diesem Gebiet. Der Machtkampf und das nach militärischen Erfolgen erreichte Übergewicht Aserbaidschans erschwert eine Konfliktlösung. Der Waffenstillstand hat sich als sehr brüchig erwiesen. Angesichts einer polarisierten Weltgemeinschaft werden nun solche regionalen Konflikte immer häufiger. Die Welt ist unfriedlicher geworden.

Mehr Arbeitgeber müssen mitmachen

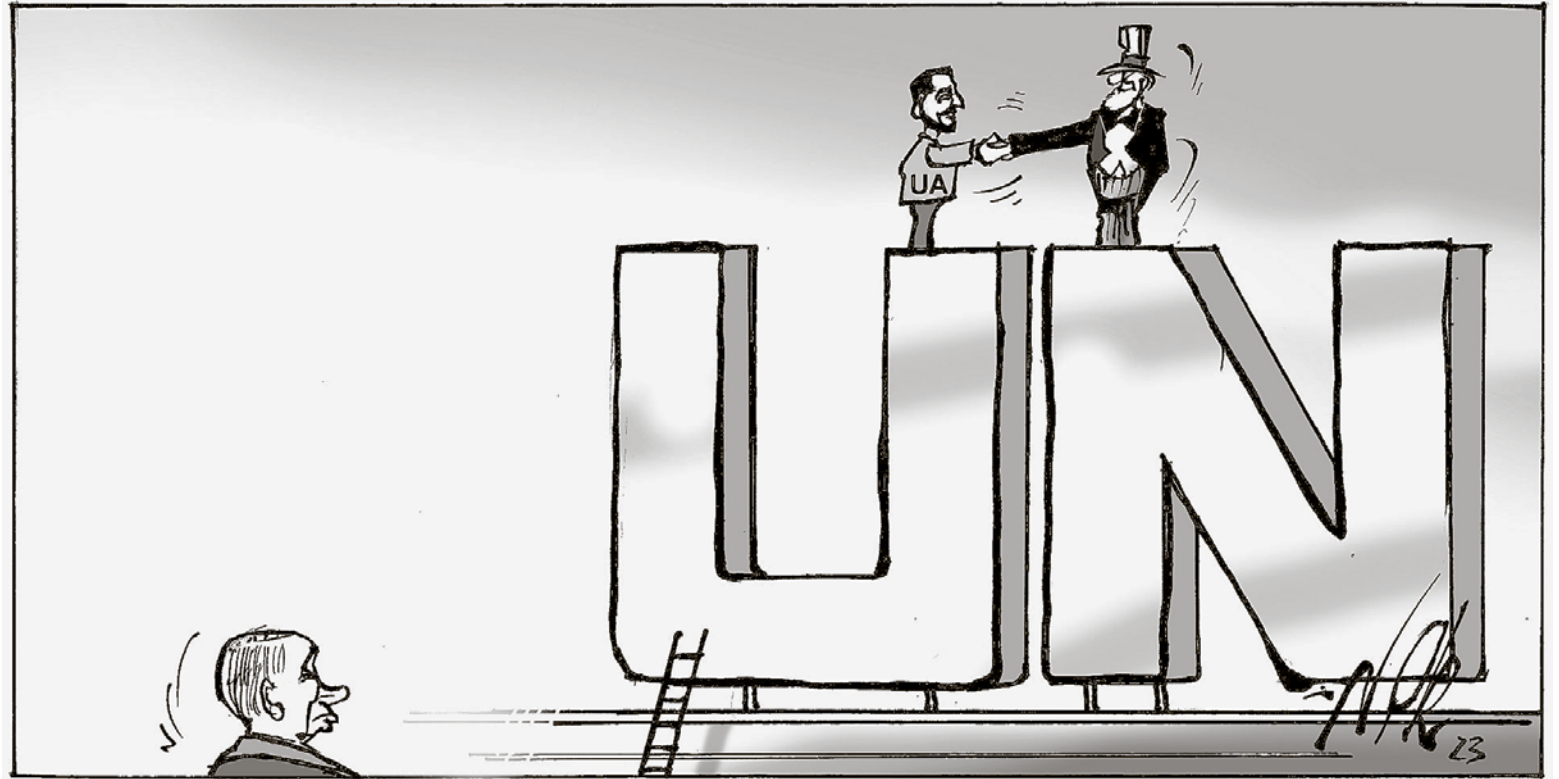
VON REINHARD KOWALEWSKY

Es ist bedauerlich, dass nur relativ wenige Menschen das „Deutschlandticket“ über den Arbeitgeber erhalten. Und es ist fast schon traurig, dass wichtige NRW-Konzerne bei dem Angebot abseits stehen: Henkel, Vodafone oder Telekom rühmen sich, sie wollten beim Umstieg auf grünen Strom und beim Kampf gegen den Klimawandel ganz vorne mit dabei sein – machen hier nun aber nicht mit.

Was ist zu tun? Erstens ist zu hoffen, dass mit der Zeit viele Arbeitgeber nachziehen. Wenn das Land und viele Städte zögern, den Zuschuss zu spendieren, dann ist das juristisch nachvollziehbar: Der Staat ist kein Selbstbedienungsladen. Das einseitige Verteilen des Zuschusses für das Jobticket mag in vielen Fällen berechtigt sein, beispielsweise um die Zahl der nötigen Parkplätze einer Schule oder einer Behörde zu senken. Auf breiter Front aber sind Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträge der beste Rahmen, um im öffentlichen Dienst das „Deutschlandticket“ zu ermöglichen.

Interessant wäre auch, wenn Arbeitgeber bei allen Verbänden und nicht nur beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) einen hohen Sonderrabatt erhalten, wenn sie das „Deutschlandticket“ im Paket für die ganze Belegschaft einkaufen. Dies würde die Freiheit für die Mitarbeiter erhöhen: Gelegentlich kämen sie mit S-Bahn oder dem Bus, gelegentlich mit dem Auto – besser als nur mit dem Fahrzeug wie aktuell häufig.

Der entscheidende Hebel, um den ÖPNV populärer zu machen, ist mehr Qualität. S-Bahnen sollten im Zehn-Minuten-Takt und auch zuverlässig fahren. Wagen müssen sauberer werden. Das Zugchaos zwischen Düsseldorf und Köln mit der schon wieder verlängerten Streckensperrung muss endlich aufhören. Und in wenigen Jahren wird es autonom fahrende Mini-Busse geben, die Menschen von der S-Bahn-Station zu ihrer Wohnung bringen.



VEREINTE NATIONEN

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Zum Jahreswechsel droht Kunden ein neuer Preissprung, weil der Finanzminister die Mehrwertsteuer früher als geplant wieder anheben will. Mit immer neuen Interventionen macht es der Staat aber nicht besser.

Das Gaspreis-Dilemma

VON ANTJE HÖNING

Gaskunden brauchen starke Nerven. Bei den Preisen geht es in großen Schwingungen auf- und abwärts. Zum Jahreswechsel droht nun ein neuer Preisschock: Denn früher als zunächst geplant will Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) die Mehrwertsteuer wieder auf das ursprüngliche Niveau erhöhen. „Wird die Mehrwertsteuer von Gas auf 19 Prozent angehoben, hat ein Musterhaushalt mit einem Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden zusätzliche Kosten von 283 Euro“, rechnet das Vergleichsportal Check 24 vor.

Was ist da los? Nachdem Russland im Februar 2022 die Ukraine angegriffen hatte, stiegen die Gaspreise rasant – erst im Großhandel, dann auch bei den Haushalten. Bei den Großhandelspreisen erreichte der Preis im August 2022 – nach dem endgültigen Lieferstopp Russlands – die Rekordmarke von rund 350 Euro je Megawattstunde. Um die Belastung zu mildern, hatte die Bundesregierung diverse Hilfen auf den Weg gebracht. Unter anderem senkte sie den Mehrwertsteuersatz für den Gaseinkauf von 19 auf sieben Prozent. Ursprünglich sollte diese Maßnahme bis März 2024 laufen. Auf der Suche nach neuen Geldquellen ist der Finanzminister nun aber an dieser Hilfe hängen geblieben und will die Steuervergünstigung schon zum Jahreswechsel aufheben.

Für die Verbraucher wäre das ein Schlag, wie Check 24 für weitere Musterhaushalte vorrechnet. Eine Familie mit drei Kindern, die in einem großen Haus (250 Quadratmeter) wohnt und einen Jahresverbrauch von 35.000 Kilowattstunden hat, müsste demnach 432 Euro mehr im Jahr zahlen. Die Jahresrechnung stiege auf 4282 Euro. Das ist gewiss nicht der Normalfall. Aber auch für eine Familie mit einem Haus von 150 Qua-

dratmetern und einem Verbrauch von 18.000 Kilowattstunden würde sich die Jahresrechnung um 230 Euro auf dann 2282 Euro erhöhen. Das alles gilt, wenn der Versorger die Steuererhöhung weitergeben kann.

Aus Sicht des Bundesfinanzministeriums gibt es für das Ende der Maßnahme gute Gründe. Der fiskalische Grund: Für den Staat würde das Vorziehen der Mehrwertsteueranhebung auf den alten Satz 2,1 Milliarden Euro bringen. Der sachliche Grund: Die Gaspreise haben sich längst wieder entspannt, die „krisenbedingten Preisspitzen an den Gasmärkten“ hätten sich gelegt, so das Ministerium. In der Tat sind die Preise innerhalb eines Jahres kräftig gesunken – durchschnittlich um 45 Prozent, wie das Portal Verivox vorrechnet.

Das zeigt sich auch im Land: „In NRW haben für die Monate August, September und Oktober regionale Versorger bisher 19 Gaspreissenkungen von durchschnittlich rund 18 Prozent angekündigt“, hat Verivox ermittelt. Dagegen haben Versorger nur vier Preiserhöhungen angekündigt. Am Ende hängt es von der konkreten Beschaffungspolitik der einzelnen Versorger ab, ob und wann sie die Preise anpassen.

Deshalb lohnt es sich für Verbraucher auch immer, die Preise zu vergleichen. Ein Gaskunde mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden zahlt in der Grundversorgung aktuell im Schnitt 2951 Euro. Bei alternativen Anbietern gibt es das Gas dagegen für im Schnitt 1867 Euro, erläutert Check 24. Allerdings ist billig nicht immer gleich gut: In der Energiekrise haben einzelne Billiganbieter ihren Kunden einfach gekündigt, als sie das Gas nicht mehr zu den versprochenen Preisen beschaffen konnten. Sie haben die Kunden einfach Grundversorgern vor die Tür gestellt. Ein Gasausfall wegen eines Anbieterwechsels oder Anbieter-Aus ist ausgeschlos-

INFO

Wichtig beim Wechsel des Gasanbieters

Suche Die Verbraucherzentrale rät, bei der Suche nach einem neuen Gasanbieter über Vergleichsportale die Voreinstellung „hohe Kundenempfehlungsquote“ zu deaktivieren. „Denn Kundenempfehlungen kann man nur für solche Tarife aussprechen, für die das Portal Provisionen erhält. Auch das schränkt Ihre Auswahl also unnötig ein“, lautet der Rat.

Preise Zudem sollte man die Konditionen, die das Portal nennt, mit den Angaben des Versorgers vergleichen – er ist am Ende der Vertragspartner.

Laufzeit „Wenn Sie ein akzeptables Tarifangebot erhalten, wählen Sie eine Vertragslaufzeit von etwa einem Jahr in Verbindung mit einer Preisgarantie“, rät die Verbraucherzentrale. Mit kurzen Vertragslaufzeiten bleibe man zwar flexibel, allerdings könne der neue Anbieter dann auch seinerseits früh kündigen – und man muss einen neuen Vertrag mit schlechteren Preiskonditionen wählen.

Ankündigung Grundversorger haben in großer Zahl Preissenkungen angekündigt. Verivox sind für September, Oktober und November bisher 146 Strompreissenkungen von Grundversorgern bekannt.



Verschiedene Messanzeigen an einer Gasheizung.

FOTO: DPA

sen. Der Energiebezug ist in Deutschland gesetzlich geregelt, im Zweifel muss der Grundversorger vor Ort liefern. Das haben unseriose Billiganbieter kalt ausgenutzt.

Grundsätzlich kann ein Wechsel aber lohnen, wie auch die Verbraucherzentrale betont: Bestandskunden zahlen für Gas (und auch für Strom) häufig hohe Preise, obwohl diese seit Dezember 2022 deutlich gesunken sind. „Neukundentarife sind dagegen oft günstiger und liegen meist unterhalb des Preises der Preisbremsen“, so die Verbraucherzentrale. Wer vertraglich kann und viel zahlt, sollte sich also umschauen.

Noch ist es nur ein Plan, und die Ampel hat den Plänen des Finanzministers nicht zugestimmt. Die SPD ist klar dagegen. Aber wieder zeigt sich, wie schwierig der Staat Subventionen beenden kann, die er einmal zugesagt hat. Das ist auch einer der Gründe, warum der Kanzler gegen die Einführung einer Strompreis-Subvention für die energieintensive Industrie ist. Die Industrie fordert einen Brückenstrompreis für fünf bis zehn Jahre. Doch keiner weiß, wie hoch die Strompreise dann liegen und ob ein jetzt gebauter Steg jemals das rettende Ufer der subventionsfreien, günstigen Strompreise erreicht – oder ob daraus eine Dauerzahlung an Chemie- und Stahlindustrie wird.

Klar ist, dass die von Jahr zu Jahr aus Klimaschutzgründen steigende CO₂-Bepreisung den Gaspreis tendenziell immer weiter erhöhen wird. Eigentlich sollte die Ampel als sozialen Ausgleich die Einnahmen daraus nutzen und als Klimageld an (arme) Haushalte zurückgeben. Aber auch hierüber können sich die Ampel-Partner nicht einigen.

Schon jetzt ist auch die Debatte um eine Verlängerung der Preisbremsen für Gas und Strom entbrannt, die derzeit privaten Haushalten zugutekommen und eigentlich zum Jahresende auslaufen. Der Sozialverband VdK fordert bereits, dass es für Menschen mit wenig Einkommen die Hilfen so lange geben müsse, bis sich die Preise normalisiert hätten.

WISSENSDRANG

In der vergangenen Woche gab es wieder einmal eine traurige Nachricht zum Zustand der deutschen Diskussionskultur: Der Tagesschau-Sprecher Konstantin Schreiber bekundete nach Drohungen und einem Tortenangriff, sich künftig nicht mehr öffentlich zum Thema Islam zu äußern.

Wieder einmal wird eine differenzierte Stimme von politischen Moralisten zum Schweigen gebracht, die alle Diskussionsbeiträge in gut und böse einteilen und es sich zur heiligen Pflicht machen, die Bösen zum Schweigen zu bringen. Dabei bedienen sie sich mit der Waffe des Tortenwurfs ausgerechnet eines Elements der Kunstform Komödie, die antimoralistisch angelegt ist. In Preston Sturges' „Die Falschspielerin“ wird der Protagonist

Gegengift gegen den Fanatismus

Die Screwballkomödie ist der Gegenentwurf zu rigorosen moralischen Urteilen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

schon zu Beginn von seiner Geliebten gewarnt: „Du hast keine Ahnung von Frauen. Die besten sind nicht so gut, wie du denkst, und die schlechtesten sind gar nicht so schlecht.“ Zur gleichen Zeit, als die meisten Deutschen sich Filme wie „Jud Süß“ ansahen, entwickelte sich in den USA die Kunstform der Screwballkomödie als kulturelles Gegengift gegen den Fanatismus. „Screwball“ bezeichnet im Baseballjargon einen Ball mit unberechenbarer Flugbahn. In der Screwballkomödie ist die moralische Flugbahn unberechenbar. Sie beginnt damit, dass ein Ehepartner oder Verliebter am anderen einen moralischen Makel entdeckt: Er entpuppt sich als Alkoholiker („Die Nacht vor der Hochzeit“), als unverbesserlicher Sexist („Ehekrieg“), als Falschspielerin („Die

Falschspielerin“). Nach der Trennung im Geiste der moralischen Entrüstung wendet man sich einem moralisch perfekten Partner zu. Doch der Versuch, mit dem idealen Partner das Leben zu einer Performance moralischer Anständigkeit zu machen, kann nur scheitern. Im Film auf komische und unterhaltsame Weise. Zugleich feiern die Komödien das geistige Erwachsenwerden. Dort steht zum Glück auch stets der nicht ideale, aber sympathische und kluge Ex bereit – in der politischen Realität kann man sich darauf leider nicht verlassen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.